



HESSISCHER LANDTAG

21. 04. 2021

Plenum

Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Eindeutiges Bekenntnis zur verfassungsgemäßen Ordnung –
Für ein rechtsstaatliches Deutschland in Europa**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung, die ihre Grundlage im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Landes Hessen findet. Zu den Wesensmerkmalen dieser Ordnung gehören Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und die Achtung der Menschenrechte. Ebenso gehört zu unserer Wertegrundlage das erfolgreiche Wirtschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft. Die Verbindung einer freien Wirtschaft mit sozialer Verantwortung und dem Sozialstaatsprinzip hat Deutschland über Jahrzehnte Wohlstand und ein hohes Maß an sozialer Sicherheit gebracht. Allen Angriffen auf diese Grundordnung und die wesentlichen Prinzipien unseres Zusammenlebens von Extremisten und Populisten jeder Couleur begegnet der Landtag mit einer klaren Absage.
2. Der Landtag betrachtet die Einbindung Hessens und Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft als konstitutives Wesensmerkmal unserer Grundordnung. Die Europäische Einigung hat den Menschen in unserem Land in unvergleichbarer Weise eine Ära des Friedens, der Freiheit, der Sicherheit und des Wohlstands gebracht. Die europäische Einigung ist unsere Antwort auf die globalen Herausforderungen. Er unterstreicht, dass diese proeuropäische Haltung in einer Volksabstimmung mit überwältigender Mehrheit in unsere Verfassung aufgenommen wurde. Der Landtag sieht es als seine Pflicht, diese Errungenschaften und die europäische Einigung gegen aufkommende europafeindliche und populistische Kräfte entschlossen zu verteidigen. Forderungen nach einem Austritt aus der Europäischen Union und nach einer Abschottung Deutschlands stellen diese Errungenschaften in Frage und würden Deutschland und Hessen schweren Schaden zufügen. Sie werden daher vom Landtag klar zurückgewiesen.
3. Der Landtag erkennt, dass die Corona-Pandemie unser Zusammenleben in einzigartiger Weise beeinflusst und unsere gemeinsamen Werte auf eine Probe stellt. Die zum Schutz von Gesundheit und Leben notwendigen Einschränkungen wesentlicher Freiheitsrechte sind eine extreme Belastung für die Bürgerinnen und Bürger und auch für unser politisches System. Die Abwägung zwischen den unterschiedlichen Schutzgütern individueller Freiheitsrechte auf der einen Seite und dem Schutz des Lebens und der Gesundheit auf der anderen Seite erfordern großes Verantwortungsbewusstsein. Alle politischen Entscheidungen müssen auch weiterhin auf der Grundlage wissenschaftlicher Fakten und demokratischer Legitimation erfolgen. Der Landtag bekräftigt die Landesregierung, den Weg der Besonnenheit und Vorsicht fortzusetzen, um auf dem Weg aus der Pandemie heraus auch künftig die widerstreitenden Ziele zusammenzuführen.

4. Der Landtag verurteilt, dass extremistische Kräfte, Populisten und Querdenker, auch wenn sie nur für eine Minderheit in der Bevölkerung sprechen, versuchen die Jahrhundert-herausforderung der Pandemie für einen Angriff auf unser politisches System und unser Wertefundament zu nutzen. Durch die Verbreitung von Fake-News, die Verächtlichmachung von Medien und Wissenschaft sowie die Leugnung der Fakten werden Verunsicherung, Angst, Wut und Ablehnung geschürt und vermeintlich einfache Lösungen präsentiert. Bei allen legitimen Diskussionen um den richtigen Weg zur Bekämpfung der Pandemie müssen Wissenschaft und Fakten als Grundlage dienen. Die Verleugnung der Wissenschaft und die pauschale Ablehnung aller staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie erschweren die Pandemiebekämpfung und gefährden damit das Leben und die Gesundheit vieler Menschen. Der Landtag hält dies für unverantwortlich.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 20. April 2021

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)